

DIE RECHTSMITTEL DES KAMPFES GEGEN DIE AUSLÄNDISCHE PRESSE IN UNGARN NACH DEM AUSGLEICH

T. MIHÁLY RÉVÉSZ

Eine der Bedingungen der Teilung der Macht, des Ausgleichs zwischen den österreichischen und ungarischen herrschenden Kreisen des Jahres 1867 war die „Niederpflockung“ des Verfassungssystems. Die Herstellung der bürgerlichen Verfassungsmäßigkeit hatte im wesentlichen die Belebung des Rahmens der Pressefreiheit von 1848 zum Ergebnis. Mit der Wiederherstellung der „verfassungsmäßigen Glückseligkeit“ hatten jedoch die Herren der Macht auch einige bittere Pillen zu schlucken. Die Nationalitätenbewegungen für das Selbstbestimmungsrecht, die von Asztalos geführte Armbauern-Bewegung, die Zunahme der demokratischen Kreise und Militärhilfsvereinigungen und durch diese der wachsende Einfluß der Kossuthschen Idee und der Verneinung des Ausgleichs waren für die Deák-Partei eine unangenehme Überraschung. Und ein bedeutender Teil der freien, zensurlosen Presseorgane kritisierte gleichsam von der ersten Minute der Geburt des neuen Staatsgebildes an sowohl in Pest als auch in der Provinz die offizielle Politik, die Deák-Partei und die Regierung. Die Stichekeien der oppositionellen Nachrichtenblätter verschiedener Schattierungen, die Bisse der Presseangriffe aber konnten vom Staatsapparat nicht zu lange toleriert werden. Und obwohl die führenden Regierungspersönlichkeiten zur Beschränkung des Pressegesetzes vom März tatsächlich weder Lust noch Kraft hatten, entschlossen sich die Regierungsorgane im Interesse der Zurückdrängung des „schädlichen“ Einflusses der Nachrichtenblätter zu konkreten Maßnahmen.

Durch die Restitution des Presserechtes von 1848 waren jedoch der Regierung die Hände gebunden und die gewaltsame Unterdrückung der gegen die Macht auftretenden Presse war in Wirklichkeit unmöglich.¹

So liberal und nachsichtig aber die den inländischen Blättern gegenüber angewandte Politik des ungarischen Staates war, so zweckbewußt und pragmatisch war sein Auftreten gegenüber den Organen, die Einlaß in die Grenzen des Landes erbaten und den Standpunkt der ungarischen Regierung nicht vertraten oder die dualistische Einrichtung angriffen.

In unserer Studie unternehmen wir es, unter Skizzierung dieses Prozesses die Chronik der Maßnahmen der Behörden der Deák-Partei gegen die ausländischen Nachrichtenblätter aufzuzeichnen.

A) Die Regeln und Praxis des Polizeiwesens der ausländischen Blätter

Der Liberalismus der ungarischen Regierungsorgane gegenüber den inländischen Nachrichtenblättern resultierte aus der Befolgung der freisinnigen Verfügungen des März-Gesetzes. Auf die Kontrolle der nicht auf ungarischem Gebiet erscheinenden und Einlaß ins Land erbetenden Blätter jedoch konnte das Szemeressche Pressegesetz keine Einwirkung ausüben und somit auch keine Bremse darstellen.

Die Straf- und Polizeiverordnungen des Gesetzes von 1848 nämlich hatten kein Rezept zur Verstummung der ausländischen Organe. Bei Charakterisierung dieser Eigentümlichkeit des Gesetzes unterstreicht der hauptstädtische Oberstaatsanwalt bedauernd an einer Stelle, daß der Gesetzesartikel XVIII des Jahres 1848 „nicht über die ausländischen Presseerzeugnisse verfügt und insofern sich dessen allgemeine Verfügungen auch auf diese erstrecken würden, so erweist sich deren praktische Verwirklichung fast als unmöglich“.² Das stufenweise Verantwortlichkeitssystem des ungarischen Gesetzes nämlich bedroht — abweichend von der belgischen Lösung — den Vertreiber des das Pressevergehen enthaltenden Blattes nicht mit einem Rechtsnachteil. „Dieser Mangel bringt das öffentliche Anklageverfahren zum Erstarren“, faßt Oberstaatsanwalt Sándor Kozma seinen Standpunkt zusammen, „denn wenn der Autor, Verleger oder Drucker irgendeines Presseerzeugnisses im Ausland wohnt, so besteht keine Möglichkeit dahingehend, das auf dem Wege der Presse verübte Vergehen zu vergelten.“³

Im Laufe der Kontrolle der ausländischen Nachrichtenblätter konnten die Organe des Innenministeriums unter den ihnen gegenüber anwendbaren Maßnahmen auch das „Verbot“ des inkriminierten Organs nicht für verwendbar halten,⁴ worüber wir uns kaum wundern, denn infolge Kompetenzmangels bestand dazu eine sehr kleine Chance. Eine viel gangbarere Lösung wäre die Inanspruchnahme des diplomatischen Weges gewesen, wodurch das gegen die Monarchie oder die Regierung agitierende ausländische Blatt durch die eigenen Behörden hätte verfolgt werden können. Der Weg der Bestrafung des unangenehmen ausländischen Blattes über das Außenministerium war aber ziemlich ungewiß und zu voll mit Pfützen dazu, um von Andrassy und seinem Kabinett als Lösung gewählt zu werden, besonders dann, wenn es über ein viel einfacheres Mittel — das Instrument des Verbotes der nicht ungarischen Blätter — verfügte.

Und da keine Verfassungsrechtsregel über das Postvertriebsrecht der nicht ungarischen Blätter und die Bedingungen zum Entzug dieses Rechtes verfügte, war nichts einfacher, als die einen unangenehmen oder eben einen feindlichen Ton vorbringenden Organe aus den Räumlichkeiten der ungarischen Post zu verbannen und somit ihre Verbreitung in Ungarn unmöglich zu machen.

Die Unmöglichmachung des Postvertriebes der nicht in Ungarn gedruckten Zeitungen wurde zur beliebten Lösungsmethode der ungarischen Regierung, besonders deshalb, weil das Verbot der fremden Organe nicht mit diplomatischen Komplikationen einherging, keine Entrüstung im

Parlament zur Folge hatte und die schnelle und einmalige Entscheidung theoretisch auch die Eliminierung des feindlichen Blattes in Ungarn bedeute.

Die Praxis des Verbotes der nicht erwünschten fremden Presseorgane wurde so zum unausbleiblichen Teil der Pressepolitik der Regierung. Während das Polizeiweisen über die inländischen Presseerzeugnisse auf ein schattiertes und ausgefeinertes Mittelsystem gebaut war, erschöpfte sich das Auftreten gegenüber den ausländischen Blättern auf das Verbot der fremden Nachrichtenblätter in Ungarn. Im weiteren versuchen wir, dies zu beweisen.

Die Vorteile der Ausweisung bzw. des Entzuges des Postvertriebsrechtes waren für das Andrassy-Kabinett — wenigstens im ersten Jahr — dennoch nicht völlig offensichtlich. Die Regierung dachte nämlich im Jahre des Ausgleichs noch nicht an die Ausweisung der unangenehmen ausländischen Gast-Nachrichtenblätter.⁵ Dazu kam es im November 1868 zum ersten Mal, als das Kabinett auf Vorlage des Ministerpräsidenten den Leiter des Handelsministeriums anwies, dem Blatt mit dem Titel *Perseverenza* das Postvertriebsrecht zu entziehen und zugleich, daß dieser „zur Durchführung“ der gleichen Maßnahme den „transleithanischen Herrn Handelsminister zu ersuchen habe.“⁶

Der Kabinettschef legte in seiner die Entscheidung begründenden Erklärung dar, daß dieses „italienische Blatt seit längerer Zeit in größtem Maße feindlich gerichtete Artikel gegen die ungarische Regierung“ enthält.⁷

Nach Ersuchen durch die ungarische Regierung antwortete das Wiener Kabinett nach ein paar Tagen mit einer ähnlichen Bitte. Graf György Festetics, der in der österreichischen Hauptstadt amtierende ungarische Minister informiert in seinem im Dezember 1868 an Andrassy gerichteten Brief den Chef der ungarischen Regierung davon, daß das kaiserliche und königliche Innenministerium das in Venedig gedruckte politische Blatt „Il Tempo“, „welches einen immer wachsenden Einfluß auf die aufwühlenden Elemente der Stadt Triest ausübt und das Volk mit der verlockenden Idee der italienischen Einheit aufzuwiegeln versucht, im Sinne des 26. § des Pressegesetzes von 17. Dezember des Jahres 1862 vom Gebiet der im Reichsrat vertretenen Länder verweist, bzw. diesem Blatt das Postvertriebsrecht entzogen hat.“ Der Minister der Person des Königs betonte in seinem Schreiben besonders, daß gegen dieses Blatt mit unangenehmen Einfluß auch in den anderen Ländern der Monarchie dieselben Maßnahmen erforderlich seien, und zwar: „der k. und k. Innenminister... legt großen Wert darauf, daß ähnliche Maßnahmen auch auf dem Gebiet der ungarischen Krone zur Geltung gebracht werden.“⁸

Auf Wirkung der nachdrücklichen Aufforderung entschied Andrassy in schnellem Tempo und unter Umgehung des kollegialen Entscheidungsforums des Ministerrates wandte er sich unmittelbar an den Leiter des Handelsministeriums im Interesse der Erfüllung der gewünschten Maßnahme. Das die Aufsicht über die Postämter versiehende Ministerium führte die erbetene Polizeimaßnahme ohne Nachzudenken durch und lieferte damit einen Präzedenzfall zur Begründung der Kompetenz des Handelsministeriums beim Entzug des Postvertriebsrechtes.

Und daß der Regierungschef im Fall von „Il Tempo“ die Kollegiumsentscheidung nicht instinktiv sondern sehr bewußt umging, das wird durch die spätere Praxis plastisch bewiesen. Die Praxis der Staatsverwaltung bei der Ausweisung der ausländischen Presseorgane verrät uns, daß der Kompetenzbereich, den der Entzug des Postvertriebsrechtes der ausländischen Nachrichtenblätter bedeutete, vom Kabinett zu Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre nicht zu sehr vermißt wurde, und es ohne Sorge von diesem schwierigen und für es nicht begründeten Verfassungsspiel absieht.

Zur Ausschaltung des Forums der Ministersitzung kam es dann auch expressis verbis im Frühling 1869, als Minister Bedekovich die Bitte des kroatischen Bans vermittelnd bemüht war, das kroatische Blatt „Pozor“ als für nicht erwünscht zu erklären, und zwar auf einer Sitzung des Kabinetts. Das Kabinett legte im Laufe der Diskussion des Vorschlages des vortretenden kroatischen Ministers mit prinzipieller Schärfe dar: „der Antrag wird für begründet befunden und Herr Minister Bedekovich wird beauftragt, den Vorschlag des Ban offiziell dem Herrn Handelsminister zwecks Entzug des Postvertriebsrechtes zuzuleiten und zugleich ist die Presseabteilung anzuweisen, diejenigen Angaben aus dem Pozor, die die Anwendung dieser Verordnung erforderlich machten, in einem Auszug zusammenzustellen und dem Handelsministerium zuzusenden, damit im Falle eventueller Interpellationen die Angaben dem Herrn Minister zur sofortigen Verfügung stehen. Ein ähnliches Verfahren ist in der Zukunft in jedem solchen Fall zu befolgen, wo es um das Verbot des Postvertriebes irgendeines Blattes geht.“⁹

Das damals noch in Wien erscheinende Blatt „Albina“ fiel bereits diesem vereinfachten Verfahren zum Opfer. Die Presseabteilung stellte in dem an das Handelsministerium gerichteten Schreiben mit lakonischer Knappheit fest, daß dieses Blatt seit guter Zeit „die Achtung vor den ungarischen Gesetzen in den rumänischen Bewohnern des Landes „untergräbt, und damit „nicht nur die Zwietracht zwischen den Nationalitäten des Landes verschärft, sondern auch gegen die Integrität des Landes aufwiegelt.“¹⁰ Diese kurze Darlegung der Gefährlichkeit des Nationalitätenblattes genügte dem Handelsminister, um die Wiener Stimme der rumänischen Bevölkerung aus den ungarischen Postämter zu verbannen. Im Falle offizieller, aus Wien kommender Bitten zwecks Entzug des Postvertriebs sahen jedoch die ungarischen Regierungsorgane im allgemeinen auch noch von einer solch kurzen Begründung ab und ohne Untersuchung der Rechtsgrundlage der Bitte wurde dem Wunsch des kaiserlichen Innenministeriums automatisch stattgegeben.¹¹ So gerieten die Berliner Correspondence Tchèque und auch Felleisen im Frühjahr 1869 auf die schwarze Liste.¹²

Das gewaltsamere Auftreten gegenüber den ausländischen Blättern aber löste schnell das Mißfallen einiger Nationalitätenpolitiker aus. Zsigmond Borlea brachte sein Mißfallen zur Regierungspolitik gegenüber den ausländischen Blättern auch vor dem Plenum des Abgeordnetenhauses zum Ausdruck. Der wegen der Ausweisung von „Pozor“ und „Albina“

erregte Abgeordnete stellte fest: „Wenn irgendein Blatt auf solch eine Weise verboten wird, dann gleicht dies meiner Meinung nach einem absoluten System, nicht aber Verfassungsmäßigkeit und Liberalismus...“. Borlea brachte in seiner, an das entsprechende Portefeuille der Regierung gerichteten Interpellation eine rhetorische Wendung vor: „was hat den Handelsminister zu diesem legal- und verfassungswidrigen Verfahren bewegt und wie kann er dies mit den inländischen Gesetzen bestätigen und mit den Grundsätzen der Freiheit und der Verfassungsmäßigkeit vereinbaren.“¹³

Die Aktion des Abgeordneten rumänischer Nationalität löste jedoch keinen Sturm im ungarischen Abgeordnetenhaus aus. Die Vertreter der mittleren Linken und auch die der äußeren Linken hielten es nicht für erforderlich, die vom Kabinett auf diesem Gebiet verfolgte Politik zu kritisieren und deren Rechtsgrundlagen zu erforschen. Nicht einmal der befragte Minister, István Gorove, hielt eine wesentliche Beantwortung für begründet und erhob lediglich Einspruch gegen den Ausdruck „verfassungswidrig“, ohne die Intentionen der den Entzug des Postvertriebsrechtes ausübenden Politik in ihren Einzelheiten zu erklären.

Die kühle Aufnahme der Interpellation von Borlea im Parlament besträrkte aber vermutlich die Regierung in ihrer Politik der Ausweisung der den Dualismus angreifenden ausländischen Blätter. Ein gutes Beispiel dafür ist auch der Fall des Pariser *Le Reveil*, dem der Handelsminister nach wenigen Monaten auf Wiener Verlangen die Tür wies. Dieses Blatt verdiente übrigens wegen seines Tones und nicht zuletzt wegen seiner politischen Richtung das Verbot. Mit der Nummer 112 des zweiten Jahrganges von *Le Reveil* war das Maß endgültig voll. Das auf der ersten Seite des Blattes platz erhaltende Material mit dem Titel „*Le Cholera Monarchique*“ bemerkte nämlich ohne Umschweife, daß „der Kaiser von Österreich eine solche Null ist, die mit nichts verglichen werden kann, und wenn er nicht auf dem Thron säße, würde er beim ersten Schritt sterben und schließlich ist sein Charakter durch Erbarmungslosigkeit, Schwäche und Unentschiedenheit gekennzeichnet.“¹⁴

Es ist kaum verwunderlich, daß sich die offiziellen Kreise weder in Wien noch in Pest über diese Zeilen freuten. Der Entzug des Postvertriebsrechtes stellt in diesem Fall unserer Meinung nach keinen Bruch mit der verfassungsmäßigen Freiheit dar, sondern dokumentiert die Ungeduld der Führer der Monarchie gegenüber der sich nicht gerade in erhabener literarischer Form meldenden Kritik, und zwar – fügen wir es hinzu – begründeterweise.

Die Ungeduld aber nahm nicht zu, das beweist auch die Tatsache, daß das Auftreten gegenüber den Nachrichtenblättern, die außerhalb des Gebietes der heiligen Krone gedruckt wurden, zu Ende des Jahres 1868 und nach den im Jahre 1869 feststellbaren Schwankungen in den darauffolgenden Jahren sichtbar zur Ruhe kam. Innerhalb von zwei Jahren nämlich entzog die Regierung insgesamt in einem einzigen Fall das Postvertriebsrecht einem ausländischen Blatt, und namentlich der in Paris gedruckten, halbmonatlich erscheinende polnischen Zeitschrift mit dem Titel,

ZMOWA, von der in der Begründung der Entscheidung festgestellt wird daß sie „zur tätlichen Revolution gegenüber der bestehenden Regierung und dem gesellschaftlichen System“ aufwiegelt.¹⁵

Die Ebbe der Maßnahmen gegen die ausländischen Blätter wird im Jahre 1872 von einer bis dahin nicht erfahrenen Flut gefolgt. Innerhalb eines Jahres gerieten fast so viele fremde Presseorgane auf die schwarze Liste der ungarischen Regierung, wie in den ersten fünf Jahren des dualistischen Staates insgesamt.

Zuerst geriet die Chemnitzer Freie Presse auf die schwarze Liste, der das Handelsministerium auf Ersuchen des Wiener Innenministeriums das Postvertriebsrecht entzog.¹⁶ Unter den aus den Postämtern verbannten Blättern war das zweite in der Reihe der in Pest erscheinende Morgenstern, dessen Programm und Ton als erster das Mißfallen des gemeinsamen Außenministers der Monarchie erregte, der den Chef der ungarischen Regierung in einem Privatbrief auf die „gefährlichen Aufwiegelungen gegenüber dem katholischen Glauben und der Geistlichkeit“ aufmerksam machte.¹⁷

Ein paar Tage danach informierte der Wiener Innenminister geradewegs den Chef der ungarischen Regierung davon, daß die die religiöse Intoleranz kritisierende Zeitung bereits aus den österreichischen Postämtern verbannt sei.¹⁸ Nach den Wiener Maßnahmen wird verständlich, daß der Morgenstern auch hier in Ungnade fiel und die Presseabteilung sowie das Innenministerium forderten — sich einander überbietend — den Entzug des Postvertriebsrechtes von dem Blatt.¹⁹ Der Handelsminister versäumte es damals noch nicht, der Aufforderung Genüge zu tun und entzog dem in Pest gedruckten Nachrichtenblatt auf außergewöhnliche Weisen nicht nur den Vertrieb in den an der Grenze befindlichen, sondern auch in den hauptstädtischen Postämtern.²⁰ Das gleiche Schicksal erlitt später das Sprachrohr der Wiener Sozialdemokraten, der Volkswille, dessen Ausweisung natürlich aus Wien betrieben wurde,²¹ doch mit dessen Verurteilung auch das Pester Innenministerium einverstanden war. Der Innenminister stellte unter Charakterisierung des Wiener Arbeiterblattes fest, daß „es eine solche Richtung verfolgt und solche Veröffentlichungen erhält, die den Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung zum Ziele haben und geeignet sind, die Arbeiterklasse aufzuwiegeln, wodurch es sehr erforderlich ist, daß dieses in der anderen Hälfte der Monarchie verbotene und dazu noch gefährliche Nachrichtenblatt . . . auch in Ungarn . . . nicht verbreitet wird.“²²

Das folgende Opfer der Offensive gegen die ausländischen Blätter war das serbischsprachige Wochenblatt mit dem Titel Mlada Serbadija, dem gegenüber das bereits bewährte polizeiliche Auftreten von hauptstädtischen Oberstaatsanwalt eingeleitet wurde, unter Hervorhebung dessen, daß „es die in Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien lebende nichtungarischsprachige Bevölkerung auf bitterste Weise zur Revolution aufruft.“²³ Der Ministerpräsident nahm sich die Zeilen des öffentlichen Anklägers der Presse so sehr zu Herzen, daß in diesem Fall der Ministerrat den Entschluß zur Ausweisung des Blattes faßte.²⁴ Noch auf derselben Sitzung entschied das Kabinett über die für Nichterwünscht-Erklärung des Flug-

blattes „Wildes und Mildes“, das aus der Feder von Lajos Richard Zimmermann stammte.²⁵ Gleichzeitig damit, daß diese kleine Schrift Zimmermanns auf die schwarze Liste gesetzt wurde, blieb eine andere Arbeit des Autors auf Bitte der Presseabteilung der Ministerpräsidentschaft infolge einer einfachen und diskreten Maßnahme des Handelsministeriums an den Grenzen des Landes stecken.²⁶

Doch brachten die Ausweisungsentscheidungen nicht immer das von der Regierung erwartete Ergebnis. Der Leiter der Presseabteilung selbst verwies den Ministerpräsidenten auf das zweischneidige Wesen der Entscheidungen zwecks Verweigerung des Postvertriebs der ausländischen Organe, die einen wesentlichen Einfluß auf die „Leitung der öffentlichen Meinung“ innerhalb des Landes ausüben. Bei der Darlegung der möglichen Art und Weise des Auftretens gegenüber dem halboffiziellen serbischen Nachrichtenblatt „Jedinstvo“ stellt Ministerialrat Halász im März 1872 fest: „Die Verweigerung des Postvertriebs würde beim Jedinstvo kaum den erwarteten Erfolg zum Ergebnis haben, denn wie die Erfahrung zeigt, . . . wird jede Drucksache, die die südslawische revolutionäre Partei in Kroatien und den Grenzländern verbreiten will, dort tatsächlich auch verbreitet.“²⁷ Der Ministerialrat fügte seiner, den Erfolg des Entzugs des Postvertriebsrechtes in Zweifel ziehenden Argumentation hinzu, daß eine solche Entscheidung lediglich die Beliebtheit dieses Blattes in Ungarn erhöhen würde und „es als verbotenes Obst umso beliebter wird“,²⁸ und bei der liberalen Pressepolitik „kann selbst bei noch so großer Strenge nicht verhindert werden“, betonte der berufene Kenner der Presseverhältnisse, „daß die ungarischen und kroatischen Blätter der südslawischen Revolution nicht einzelne Artikel aus dem Jedinstvo reproduzieren.“²⁹

Anstelle des Postverbotes bringt der Leiter der Presseabteilung einen neuen und bisher nicht angewandten Lösungsvorschlag vor, indem er dem Regierungschef die Einschaltung der diplomatischen Medien der Monarchie vorschlug. Halász-Ziel ist nicht weniger, als daß das serbische Kabinett seine halboffizielle Richtung ändern möge und dabei „einen solchen Stil und Ton heimisch macht . . . der den Gepflogenheiten der gebildeten Völker und den Ansprüchen der internationalen Höflichkeit entspricht.“³⁰

Ministerpräsident Lónyai honorierte auch die neuartige und im Inhalt begründete Proposition und wandt sich an den Außenminister der Monarchie, um die Zügelung der serbischen Presse ersuchend. Aus der aus Wien alsbald ankommenden Antwort war jedoch ersichtlich, daß die Pester Vorstellung von den Außenamtsorganen nicht mit lauten Ovationen empfangen wurde. Im Gegenteil, der zum Außenminister avancierte Andrassy anerkannte offen, daß die diplomatische Vermittlung „kaum zu einem Ergebnis führen würde“. Das Schreiben des ersten Mannes der Außenpolitik verwies darauf, daß Kállay, der in Belgrad akkreditierte österreichisch-ungarische Diplomat bereits einmal protestiert habe „bei der fürstlichen Regierung wegen der Vergehen der serbischen Presse, doch von dieser Seite die Erklärung erhielt, daß die Regierung das dortige offizielle Blatt als ihr eigenes Organ anerkennen kann und nur für dessen Verhalten verantwortlich sein kann.“³¹ Andrassy verschloß sich also vor der Erfüllung

der Pester Bitte und unterstrich in seinen abweisenden Zeilen, daß „nur die Aberkennung des Post-Debit die einzige Möglichkeit darstelle, mit deren Hilfe die Wirkung der feindlich eingestellten Nachbarpresse bei den slawischen Volksstämmen des Landes unterbrochen oder wenigstens verringert werden könnte.“³²

Der feste Standpunkt des Außenministers zwang die ungarische Regierung, zum früheren eintönigen Umgang mit der ausländischen Blättern zurückzukehren. So wurde Jedinstvo anstelle von Notenwechsel oder diplomatischen Komplikationen einfach nur davon verständigt (im Juli 1872), daß seine Exemplare in den Postämtern der Länder der ungarischen Krone als nicht erwünscht erklärt wurden und ihr Vertrieb in Ungarn verboten wurde.³³ Das gleiche geschah Ende des Jahres mit den Nationalitätenforderungen enthaltenden Blättern Ujedinjenje und Crnogorac, deren Ausweisung erneut vom Ministerrat beschlossen wurde.³⁴

Das in Cleveland in tschechischer Sprache gedruckte Blatt „Pokrok“ erhöhte weiter die Zahl der verbotenen ausländischen Blätter. Die „staatsfeindliche Richtung“ des Blattes bewog zuerst die österreichische Regierung zum Entzug des Postvertriebsrechtes, die es auch diesmal nicht versäumte, das ungarische Innenministerium zu einer ähnlichen Maßnahme aufzufordern. Der Innenminister identifizierte sich mit dem Standpunkt der österreichischen Regierung und stellt in seinen an den Handelsminister gerichteten Zeilen fest: „...infolge der panslawischen Richtung dieser Zeitschrift bin ich der Meinung, daß diese im ungarischen Staat ebenfalls zu verbieten ist.“³⁵

Der neuernannte Chef der ungarischen Postämter machte seinen Kollegen vom Innenministerium unter gleichzeitiger Erfüllung der inhaltlich begründeten Bitte vorsichtig auf die Vereinheitlichung des Ausweisungsverfahrens aufmerksam, „der Entzug des Postdebit konnte bisher, da es sich hierbei wie überall, so auch bei uns um eine wichtige verwaltungsrechtliche Verordnung handelt, nur auf Grund eines Ministerratsbeschlusses verfügt werden, und die Einhaltung dieses Verfahrens erweist sich aus politischen Gründen vielleicht auch zukünftig als wünschenswert.“³⁶

Der Tatbestandsirrtum in der Stellungnahme von József Zichy, der dieses Amt nicht vor allzulanger Zeit übernahm schmälert nicht die Bestrebung, womit er die Entscheidung des Entzugs des Postvertriebsrechtes aus dem praktisch bisher nicht bestrittenen Kompetenzbereich der zwei Ministerien zum Forum des Ministerrates leiten wollte. Und die Initiative des Handelsministers zur Einführung einer verfassungsmäßigeren Praxis gegenüber den ausländischen Blättern erreichte ihre Wirkung. So entschied im Mai 1873 bereits das Plenum der Regierung über die Ausweisung des Bukarester Romanul, unter Beachtung dessen „gegen Ungarn und die ungarische Nation gerichtete aufwiegelnde Richtung.“³⁷ Im August ließ auch der Innenminister erkennen, daß er die von Zichy erhaltene Lektion verstanden hat, und auf die Ausweisung des Schweizer Felleisen nicht mehr beim Handelsminister, sondern vor dem Ministerrat drängte.

Das Kabinett entschied ohne Diskussion, daß von dem Zürcher „Arbeiterblatt wegen aufwiegelnder und die Mitglieder des hochwohlgeboren

Herrscherhauses beleidigender Artikel hinsichtlich des Gebietes der ungarischen Krone das Postvertriebsrecht zu entziehen ist.“³⁸

Die routinemäßige Erledigung der Angelegenheiten des Romanul und des Felleisen verrät jedoch, daß die Verweisung des Entzuges des Post-Debit in den Kompetenzbereich der Regierung tatsächlich nichts an der Praxis des Entzugs des Postvertriebsrechtes der „gefährlichen und schädlichen“ ausländischen Organe änderte.

Nach Zeugnis der Protokolle des Ministerrates bestand kein einziges Mal irgendein Meinungsunterschied zwischen den Mitgliedern des Kabinetts in diesen Fragen, und die einen herausfordernden Ton anschlagenden ausländischen Blätter wurden den Vorschlägen der Vortragenden entsprechend ohne irgendeinen Einwand auf die schwarze Liste gesetzt.

Eben deshalb können wir der Tatsache keine besondere Bedeutung beimessen, daß 1874 — auf österreichische Anregung — das italienische Blatt *Il Diritto giornale de la Democrazia italiana* „wegen seiner staatsfeindlichen Richtung“ ohne Anhörung durch den Ministerrat vom Gebiet der ungarischen Krone verwiesen wurde.³⁹

Neben der im Jahre 1874 auf Ministeriumsebene getroffenen Entscheidung gegen das römische Blatt lieferte auch der Ministerrat mehrere Entscheidungen im Kampf gegen die die Regierungspolitik angreifenden ausländischen Blätter. So geriet die Berliner Zeitung *Tribune* auf die Liste der nicht erwünschten Zeitschriften, in der „solche Mitteilungen aus dem Leben seiner apost. königl. Hoheit enthalten sind, die die loyalen Gefühle der treuen Untergebenen der Monarchie verletzen“,⁴⁰ sowie die Wiener *Warrens Wochenschrift*, in deren 20. Nummer „ein die ungarische Regierung und Nation beleidigender und feindseliger Artikel“ erschienen war, der „kaum ohne Vergeltung gelassen werden kann“,⁴¹ Und mit dieser „Vergeltung“ erhöhte sich die Zahl der Blätter auf einundzwanzig, die in ausländischen Druckereien gedruckt wurden und denen die Deák-Partei-Regierung der Monarchie das Postvertriebsrecht entzog.

B) Die Bilanz der Aufsicht über die ausländischen Zeitungen

Der österreichisch-ungarische Ausgleich bewegte zugleich mit der Presseoffensive der inneren Opposition der verfassungsmäßigen Reform der Monarchie auch die offiziellen Organe der inländischen Nationalitäten und der umliegenden Länder zum Angriff. Die neue Regierung hatte somit außer der scharfen Pressekritik durch Böszörményi, Károly Mészáros, Táncsics und Jókai auch mit dem Einfluß der immer öfters auf ungarisches Gebiet gelangenden monarchiefeindlichen fremdsprachigen Zeitungen zu rechnen. Doch während die zuständigen Foren der Macht zur Beeinflussung der inländischen Presseliteratur im Recht und in der organisatorischen Tätigkeit der Behörden annehmbare Mittel fanden, gewährte — wie wir bereits darauf verwiesen haben — das Märzgesetz abweichend von dem österreichischen Pressegesetz des Jahres 1862 keinen Schutz gegen die allgemein gefährlichen Agitationen der ausländischen Presseerzeugnisse.⁴²

So mußten nach Ergreifung der Macht fast zwei Jahre verstreichen, damit Andrassy und sein Kabinett auch gegenüber den Zeitungen auftreten konnten, die außerhalb der Länder der Monarchie gedruckt wurden und die die Politik der Regierung angriffen oder gegen die staatliche und gesellschaftliche Einrichtung loszogen.

Die Verfolgung der ausländischen Zeitungen nahm jedoch kein großes Ausmaß an. Zum Beweis dessen genügt es darauf zu verweisen, daß die ungarischen Regierungsorgane während der Herrschaft der Deák-Partei kaum öfter als ein Dutzend Mal die Retorsion gegenüber den unfreundlichen oder feindseligen Inhalt enthaltenen ausländischen Blättern und Flugblättern anwandten. In weiteren acht Fällen kam es auf direkte Bitte der österreichischen Regierung zur Verweisung eines Presseerzeugnisses von ungarischem Gebiet, das bereits von österreichischem Gebiet verbannt wurde.

Beachtenswert ist übrigens, daß zwischen den zwei Teilen der Monarchie in der Formulierung und praktischen Verwirklichung der Kontrolle über die ausländischen Blätter von Anfang an keine neuralgischen oder auch nur kleinere Reibungspunkte bestanden. Die Verringerung der Wirkung der unerwünschten Blätter bzw. ihre völlige Eliminierung war der gemeinsame Wunsch der herrschenden Kreise des Staates mit zwei Zentren und auf diesem Gebiet wurde höchstens durch die strukturmäßige Kompliziertheit des dualistischen Staates das Verfahren bei der Erledigung der Angelegenheiten verlängert. Das Schriftenmaterial der Ausweisungsangelegenheiten beweist auch, daß in der Beurteilung der Gefährlichkeit der ausländischen Blätter zwischen den Regierungen der Monarchie immer die völlige Meinungsgleichheit herrschte und im Interesse der Erhöhung des Wirkungsgrades der getroffenen Maßnahmen beide Seiten mit peinlicher Höflichkeit und außerordentlicher Schnelligkeit bemüht waren, die von der Partner-Regierung erwünschten Maßnahmen zu erfüllen.

Die Gleichheit der Ansichten entsprang natürlich der Gleichheit der Interessen. Die Abwendung der Wirkung der Angriffe auf das gemeinsame Staatsoberhaupt in den Zeitungen⁴³, die Polizeimaßnahmen gegen die „panslawische Aufwiegelungen“ enthaltenden und die staatliche Einheit, verletzenden Organe⁴⁴, die Verstummung der Zeitungen und Flugblätter die die religiöse Intoleranz kritisierten⁴⁵ und die Verbannung der Zeitschriften, die sich zu „sozial-demokratischen“ Anschauungen bekannten⁴⁶ von österreichisch-ungarischem Gebiet war das Interesse beider Regierungen.

Über den Schutz des gesamten Reiches hinaus sah sich jedoch das Pester Ministerium in einigen Fällen selbst gezwungen, die Verbreitung der die „gebietliche Einheit der Staaten der heiligen Krone“ angreifenden fremdsprachigen Blätter in Ungarn zu verhindern. So wurde die Tür folgenden Zeitschriften gewiesen: Perseverenza, Albina, Mlada Szerbadija, Jedinstvo, Romanul und Warrens Wochenschrift.⁴⁷

Jedoch erreichten die Pester Regierung bzw. ihre Handelsminister mit der Ausweisung der gegen die ungarischen Gesetze und den ungarischen Staat agitierenden ausländischen Blätter nicht immer ihr Ziel. Die

Praxis des Entzugs des Post-Debit stellte nämlich nicht zugleich die Verhinderung der Verbreitung irgendeiner gefährlichen Drucksache in Ungarn dar. Besonders in den ersten Jahren stand der zentrale und lokale Verwaltungsapparat unbewaffnet den die Grenzen legal überschreitenden Postpaketen mit Zeitungen und Drucksachen gefährlichen Inhalts gegenüber. Denn obwohl nach Eindringen des Genfer Vorbothe der Finanzminister zur Verhinderung ähnlicher Fälle in einem Rundschreiben sämtliche ungarische Zollämter anwies, „bei Kontrolle der vom Ausland ankommenden Drucksachen . . . vorzügliche Aufmerksamkeit auf die Schriften zu verwenden, die die öffentliche Ordnung gefährden und diese . . . unverzüglich den nächstgelegenen politischen bzw. Polizeibehörden zuzusenden“⁴⁸, bedeutete die den verbotenen ausländischen Presseerzeugnissen gegenüber geforderte Strenge durch den Zoll im Falle von Paketen, die leichter als 15 Lot waren, kein Mittel mehr, da dies gewöhnliche Postsendungen waren. Die Nachrichtenpakete von geringerem Gewicht umgingen so die Räumlichkeiten des Zollamtes und kamen ohne Hindernis ans Ziel. Und zur Kontrolle dieser Pakete konnte der Handelsminister kaum Anweisung geben. József Szilágyi, der Leiter des Handelsministeriums stellte auch offen fest, daß die Überprüfung des Inhaltes gewöhnlicher Postsendungen einerseits „gegen die Bedingungen der als internationale Vereinbarungen zu betrachtenden Postverträge verstoßen würde“ und andererseits „auch mit der Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses unvereinbar . . . und gesetzwidrig wäre“.⁴⁹

Der Entzug des Postvertriebsrechtes stellte also nur eine Waffe gegen die in großer Exemplarzahl ins Land gelangenden feindseligen Organe dar,⁵⁰ und blieb gegenüber den beweglicheren und in ihrem Einfluß nicht zu vernachlässigend gefährlichen Flugblättern völlig unwirksam.

FUSSNOTEN

¹ Siehe dazu: Révész T. Mihály: A sajtópolitika egyes kérdései Magyarországon a ki-egyezés után (Einzelne Fragen der Pressepolitik in Ungarn nach dem Ausgleich). Bp. 1977. Jogtörténeti Értekezések 9. sz. Red. Kálmán Kovács.

² Országos Levéltár (im weiteren OL) K. 148. Bm. eln. 1871/4578. (8154/1872. Kir. Föü.)

³ Ebd. Der öffentliche Ankläger betrachtete auch die Inbeschlagnahme der Drucksachen als nicht erfüllbar, denn dem § 22 des Gesetzes zufolge „kann die Inbeschlagnahme nur vom Strafuntersuchungsrichter angeordnet werden, nach Aufgabe der Anklage. Doch der Beschlagnahme muß ein Prozeßverfahren folgen...“.

⁴ Wir bemerken, daß der Innenminister — obwohl er sich über die Unanwendbarkeit des Verbotes beklagte —, so doch seine diesbezüglichen Zeilen auf ziemliche Uninformiertheit verweisen. Das österreichische Pressegesetz von 1862 kannte nämlich die Sanktion des Verbotes gegenüber den in Österreich erscheinenden Blättern, doch nicht im Falle von Organen, die außerhalb Österreichs gedruckt wurden. Da ist eine im Zusammenhang mit dem Wiener Volkswillen auf Papier geworfene Erörterung des Innenministers überraschend: „diese in der anderen Hälfte der Monarchie verbotenen und überaus gefährlichen Zeitungen dürfen nicht verbreitet werden . . . da in Hinsicht auf in anderen Ländern erscheinende Blätter das Verbot nicht durchgeführt werden kann . . ., erscheint der Entzug des Postvertriebsrechtes als erwünscht.“ OL. K. 26. Me. ir. 1871/1738. (3046. Bm. eln./1871.)

⁵ 1867 reagierte lediglich das Innenministerium empfindlicher auf die nicht inländischen und sich über das neue Staatsgebilde nicht schmeichlerisch äußernden Blätter. So wur-

de die 62. Nummer der Volkszeitung beschlagnahmt, das amerikanische Blatt mit dem Titel New Orleans Journal sowie die 13. Nummer des Kladderadatsch. OL. K. 148. Bm. eln. Mtk. 1867. 1410. 267., 586., 646/1867.

⁶ OL. K. 27. MT. Jkv. 1868. XI. 12. 50/MT. 1. pont.

⁷ Ebd.

⁸ OL. K. 26. Me. ir. 1491/1868.

⁹ OL. K. 27. MT. Jkv. 1869. V. 2. 29/MT. 7. pont.

¹⁰ OL. K. 26. Me. ir. 1869. III. 562.

¹¹ Eine Ausnahme darunter konnte nur der Wiener Volksstaat darstellen, vor dessen Ausweisung die Pester Ministerpräsidenz weitere Informationen erbat. Die Presseabteilung konnte nach der von der Wiener Regierung nachträglich erhaltenen Information feststellen, daß dieses Organ „beharrlich aufwiegelnden gesellschaftlicher Einstellung“ ist. OL. K. 26. Me. ir. 1654. 4. 12. 1869 bzw. 81/1870.

¹² OL. K. 26. Me. ir. 2321/1869. bzw. 400/1869. (keresk. min. 6495/69)

¹³ Az 1869-edik évi ápril 10-dikára hirdetett országgyűlés nyomtatványai. Képviselő-házi Napló. I. k. 452. old. 1869. jun. 14. 28. orsz. ülés.

¹⁴ OL. K. 26. Me. ir. 7035/1869.

¹⁵ OL. K. 27. MT. Jkv. 1870. IX. 7. 68/MT.

¹⁶ Auf die Richtung des Blattes ergibt sich leider nichts aus dem Schreiben der Ministerpräsidenz, der Brief des Wiener Innenministeriums, auf den sich berufen wurde, fand sich leider nicht an. OL. K. 26. Me. ir. 1872/117.

¹⁷ OL. K. 26. Me. ir. 1872/206.

¹⁸ Ebd. 1872/248.

¹⁹ Ebd. 1872/789. (347. eln. sz. FIK.)

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd. 1872/28.

²² OL. K. 26. Me. ir. 1871/1738. (3046/1871. Bm. eln.)

²³ OL. K. 26. Me. ir. 1872/546. (1185/1872. kir. Füü.) OL. K. 27. MT. Jkv. 1872. III. 15. 23/MT. 2. pont. Minister Szlávy informierte in seiner Meldung 346/eln. 1872. sz. den Chef der Regierung über die Durchführung des Entzugs des Postvertriebsrechtes.

²⁴ Ebd. 23/MT. 4. pont.

²⁵ Die Angelegenheit des Entzugs des Postvertriebsrechtes von Wildes und Mildes anvertraute die Regierung dem Justizminister, der in seinem Meinungsbericht betonte, daß das Flugblatt „sträfliche Anschläge gegen die Staatshoheit und die Heiligkeit der Gesetze sowie gegen die Unverletzlichkeit der Religion enthält, nachdem die fragliche Drucksache... über den Schleichbuchhandel nach Ungarn eingeschmuggelt wurde und so im Sinne des 43. § des Gesetzes 18. vom Jahre 1848 unter Polizeiaufsicht fällt... somit wäre auch hinsichtlich des Gebietes der ungarischen Krone das Postvertriebsrecht zu entziehen“. Übrigens wurde mit der Maßnahme 552. eln. 1872. sz. der Standpunkt des Justizministeriums akzeptiert.

²⁶ OL. K. 26. Me. ir. 1872/553, bzw. FIK 344. eln. sz. (1872. MT. 25.

²⁷ OL. K. Me. ir. 1872/991. 1157., Aufzeichnung von Imre Halász vom 13. Mai 1872 an den Chef der Regierung. Der Ministerialrat fügte in seinen Erläuterungen hinzu: „Da das halboffizielle Organ der Regierung eine Nachbarstaates sich mit ganzer Konsequenz in solch eine Richtung bewegt, ist es unmöglich, daß dieses Wirken nicht auch einen schlechten Einfluß auf den bezüglichen Gebieten der ungarischen Krone hervorruft. Die Übertreiber schreiben die Artikel des halboffiziellen Blattes der serbischen Regierung zu und werden durch diese zur Fortsetzung ihrer staatsgefährlichen Geschäfte ermuntert bzw. hoffen auf den Erfolg ihrer Bemühungen.“

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd. Aus dem inhaltsreichen und gut durchdachten Vorschlag ist jedoch ersichtlich, daß selbst der Vortragende nicht wirklich vom Erfolg der diplomatischen Schritte überzeugt war: „Daß eine solche Änderung infolge einer vertraulichen diplomatischen Note – vorausgesetzt, daß die notorische Verbindung mit dem Jedinstvo nicht einfach gelehnet wird – nicht sofort eintreten wird, steht außer Zweifel. Und daß das Versprechen nicht eingehalten werden wird, ist auch wahrscheinlich, solange die jetzigen Bestrebungen der serbischen Regierung nicht einer richtungsweisenden, nüchterneren, rechtlicheren und rationelleren Auffassung Platz machen.“

³¹ OL. K. 26. Me. ir. 991/1872. Andrassy war mit der serbischen Erklärung auch tatsächlich zufrieden und äußerte sachlich: „die Diskussion der Angelegenheiten anderer Staaten durch die öffentliche Presse ist auch bei uns ganz frei erlaubt und . . . auch in unseren Blättern erschienen Artikel, die geradewegs gegen Serbien gerichtet sind.“

³² Ebd.

³³ OL. K. 26. Me. ir. 1872/1157. 1211. V. 991.

³⁴ OL. K. 27. MT. Jkv. 1872. nov. 12. 88/MT. 1. pont

³⁵ OL. K. 148. Bm. Eln. 1872/5369. XIV. B.

³⁶ Ebd. (18. eln. 1873. I. 9. FIK.)

³⁷ OL. K. 27. MT. Jkv. 1873. V. 11. 25/MT. 6. pont. bzw. K. 26. Me. ir. 1873/1170.

³⁸ OL. K. 26. Me. ir. 1873/2135. bzw. K. 27. MT. Jkv. 1873. VIII. 19. 42/MT. 3. pont.

³⁹ OL. K. 26. Me. ir. 1874/1210. VII. Es sei bemerkt, daß sobald „die gegen die Monarchie gerichtete feindliche Einstellung aufhörte“, sich vor dem Blatt die österreichischen Grenzen erneut öffneten und die Wiederherstellung des Postvertriebsrechtes war erneut innere Angelegenheit der zwei Minister.

⁴⁰ OL. K. 27. MT. Jkv. 1874. VII. 31. 32/MT. 2. pont.

⁴¹ OL. K. 27. MT. Jkv. 1874. IX. 28. 41/MT. 4. pont.

⁴² Siehe den letzten Satz des 26. § des österreichischen Pressegesetzes vom 17. Dezember 1862: „Ausländischen Drucksachen kann das Postvertriebsrecht nur durch das Staatsministerium entzogen werden“. Igazságyügyi Javaslatok Tára XIV. 3. sz. S. 332.

⁴³ Unter den ausgewiesenen Blättern brachten „Le Reveil“, „Felleisen“ und die „Tribüne“ Artikel, die das Herrscherhaus oder das Staatsoberhaupt beleidigten.

⁴⁴ Siehe die Ausweisung der Blätter „Il Tempo“, „Pokrok“ und „Il Diritto . . .“

⁴⁵ „Morgenstern“ und „Wildes und Mildes“ kamen deswegen auf die schwarze Liste.

⁴⁶ In die Reihe dieser Blätter gehörte „Zmowa“, „Volkswille“ sowie eine Drucksache Zimmermanns, die die Pariser Kommune analysierte.

⁴⁷ Die das Ansehen der ungarischen Regierung untergrabenden Bestrebungen kamen nicht selten auch in der anderen Hälfte der Monarchie, in Österreich selbst in den Spalten der Presse ans Tageslicht. Darauf verwies auch 1869 der Justizminister, der feststellte: „In Österreich haben sich besonders in neuerer Zeit einige Blätter zur Aufgabe gestellt, die Bewohner Ungarns und Kroatiens sowie der Grenzgebiete hinsichtlich der Nationalität und des Staatenbundes gegen das ungarische Element und die Grundgesetze des Landes unverhüllt aufzuwiegeln.“ OL. K. 26. Me. ir. 1869/1979. Die Ausweisung des Wiener Blattes im Jahre 1874 zeigt an, daß die Worte von Boldizsár Horvát auch später nichts von ihrer Aktualität verloren.

⁴⁸ Auf die Existenz des Schweizer Arbeiterblattes und dessen Verbreitung auf ungarischem Gebiet rief der Minister um die Person des Königs die Aufmerksamkeit der ungarischen Regierung auf. Festsetzt informierte am 26. März 1870 auf Grund einer vom k. und k. Innenministerium erhaltenen Information den Ministerpräsidenten davon, daß aus Genf nach Graz über Pest ein Paket mit fünf Exemplaren des bereits früher verbotenen „Vorbothe“ angekommen sei. Die Wiener Sicherheitsorgane, deren Agenten den Adressaten Sándor Macher, Vorsitzender des Grazer Arbeiterbildungsvereins, streng beobachteten, riefen unter Beanstandung der Oberflächlichkeit der ungarischen Post- und Zollbehörden die ungarische Regierung auf eine wirksamere Geltendmachung der Post- und Zollvorschriften auf. OL. K. 26. Me. ir. 1870/333. (84. eln./870. Ksz. m./ bzw. S. Vincze, Edit: A hűtlenségi per 1871 – 72. Bp. 1971. S. 76 – 77.

⁴⁹ OL. K. 26. Me. ir. 1870/737. (585. eln. ker. min. Pesten 1870. jun. 29-én.)

⁵⁰ Über den Erfolg des Verbotes des Postvertriebes stellte auch Andrassy fest: „Was die gegen diese Verordnung vorgebrachte Bemerkung betrifft, daß die Einschmuggelung der ausländischen Drucksachen trotz des Postverbotes nicht verhindert werden kann, so will ich dies nicht leugnen, und die fragliche behördliche Verordnung kann vielleicht auch ergebnisreich bei solchen Drucksachen umgangen werden, bei denen es gleichgültig ist, ob sie einige Tage früher oder später in die Hände des Publikums gelangen. Die Sache ist jedoch eine andere bei den Tagesblättern, weil auf diese die Abonnenten auf Grund der Natur der Sache nur dann rechnen können, wenn sie zur Zeit in die Hände des Publikums gelangen. Das Verbot des Postvertriebes und die im Zusammenhang damit ausübende strenge Aufsicht machen es möglich, daß die Nummern der betreffenden Drucksachen nicht oder erst verspätet an ihren Bestimmungsort gelangen. OL. K. 26. Me. ir. 1872/991.

THE JUDICIAL MEANS USED IN THE STRUGGLE AGAINST THE FOREIGN PRESS IN HUNGARY AFTER THE COMPROMISE

RESUME

T. MIHÁLY RÉVÉSZ

The Austro-Hungarian Compromise in 1867, the constitutional reform of the monarchy, induced the internal pressopposition as well as the official organs of the internal minority groups and that of the surrounding states to attack.

But while the competent authorities of the power found acceptably means of law and that of the organizing activity of the authorities, the law made in March, 1848 — contrary to the Austrian press law of 1862 — couldn't protect the regime from the dangerous agitation of foreign publications.

The Hungarian government following the example of Austria adopted measures of withdrawing the right of carriage by post from the foreign papers.

This essay — outlining this course of events — undertook to chronicle those measures of the Deák-party authorities that were directed against the foreign papers.

The author states that the persecution of foreign papers didn't grow to mass-size. To prove this statement he refers to the fact that the Hungarian government offices retaliated upon those foreign papers and pamphlets that were unfriendly or alarming in their contents a little over a dozen times. In additional eight cases papers were suppressed from Hungary at the direct request of the Austrian Government.

The essay emphasizes that there weren't great differences between the two parts of the Monarchy concerning the theory and practice of the supervisional policy relating foreign papers.

The ruling circles of the dual monarchy were common in their desire: to reduce the effects of the undesirable papers respectively to eliminate them. In this field the complicated structure of the dual monarchy lengthened the process only in the real solutions of the cases.

The documents relating to the banning cases also prove that the governments of the monarchy always agreed with one another's opinion in the field of how to judge whether a foreign paper was dangerous or not.

The identity of views was based on the identity of interests. The interests of the two governments coincided: to repel the influence of the newspaper abuses on the common case of state; to take political measures against those organs that show „panslavic agitation” or violate the unity of the state in their articles; to eliminate those newspapers and printed materials that excite religious intolerance; to ban from Austro-Hungarian territories those newspapers that declare themselves to be “social democratic” in their views.

LES MOYENS JURIDIQUES EMPLOYÉS EN HONGRIE DANS LA LUTTE CONTRE LA PRESSE ÉTRANGÈRE APRÈS LE COMPROMIS AUSTRO-HONGROIS

T. MIHÁLY RÉVÉSZ

Résumé

Le compromis austro-hongrois, la réforme constitutionnelle de la monarchie de 1867 a excité aussi bien à l'offensive les organes officiels des minorités nationales du pays et ceux des pays voisins, que la presse de l'opposition interne.

Mais tandis que les forums compétents du pouvoir central — sous l'influence des journaux nationaux — ont trouvé leurs moyens dans la jurisprudence et l'activité d'organisateur de pouvoirs locaux, le loi du mars de 1848 — au contraire du loi de presse d'Autriche de 1862 — n'avait aucune garantie et ne donnait aucune défense contre la presse étrangère dangereuse pour le système politique.

Le gouvernement hongrois suivant l'exemple de l'Autriche, a exercé l'abnégation du transport des journaux hongrois à l'étranger.

Dans la présente étude nous décrivons ce processus en dessinant la chronologie des mesures prises par les services du parti de Deák contre les journaux étrangers.

L'auteur constate que la lutte contre les journaux étrangers n'a pas pris de grandes mesures. Il prouve ce fait en signant que les organes gouvernementaux sous la règle du parti de Deák n'ont pas souvent employé de rétorsions contre les journaux ennemis. (moins de quinze fois.) Dans des autres huit cas c'était directement sur le demande du gouvernement d'Autriche qu'on a chassé de la Hongrie quelque journal, déjà interdit par le ministre de l'intérieur de Wien.

L'étude souligne que parmi les deux parties de la monarchie il n'y avait dès le commencement aucune différence de vues, en ce qui concerne la politique du contrôle envers les journaux étrangers. Diminuer l'influence, plutôt l'élimination totale des journaux peu voulus, c'était le vouloir commun des cercles regnants de l'Etat à deux centres; la complexité structurale de l'Etat dualiste n'allogait le procédé en ce domaine que dans la résolution effective des affaires. Les actes des affaires de l'expulsion prouve qu'entre les gouvernements de la monarchie régnait une identité absolue de vues, en ce qui concerne la détermination du danger des journaux étrangers.

L'identité de vues déroulait de l'identité d'intérêts. Le détournement de l'influence des attaques dans des journaux contre le chef commun de l'Etat; les mesures contre les organes de «l'excitation panslave» portant atteinte sur l'unité étatique; le bâilonnement des journaux et des brochures qui alimentaient l'impatience religieuse; puis l'expulsion du territoire austro-hongrois de journaux «socio-démocratiques» — c'étaient l'intérêt de tous les deux gouvernements.